

Postfach 269 | CH-8320 Fehraltorf

Bundesamt für Energie BFE
Sektion NE
3003 Bern

U/Zeichen	MBU
Direktwahl	+41 44 956 11 00
E-Mail	markus.burger@electrosuisse.ch
Datum	19.03.2015

Strategie Stromnetze; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

In oben erwähnter Sache danken wir Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Electrosuisse reicht Ihnen zwei Stellungnahmen ein:

- von Electrosuisse, als sehr breit abgestützter Verband.
- aus dem Comité Electrotechnique Suisse (CES), einer Kommission von Electrosuisse. Electrosuisse organisiert und betreut mit dem CES (in über 80 technischen Komitees) die gesamte elektrotechnische Normung und vertritt die Schweizer Industrie in internationalen Gremien wie Cenelec (Comité Européen de Normalisation Electrotechnique) und IEC (International Electrotechnical Commission). Das CES erarbeitet und adaptiert Normen und verbindet die Interessen von Wirtschaft, Verbrauchern und dem Staat. Eine dieser technischen Komitees - das TK11 Freileitungen - hat eine spezifische Stellungnahme aus ihrer Branchensicht erarbeitet.

Grundsätzlich unterstützen Electrosuisse wie das CES die Stossrichtung der vorliegenden Strategie Stromnetze.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung beider Stellungnahmen und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Electrosuisse

Dr. Gabriele Gabrielli
Präsident

Markus Burger
Direktor

Postfach 269 | CH-8320 Fehraltorf

**Bundesamt für Energie BFE
Sektion NE
3003 Bern**

U/Zeichen	MBU
Direktwahl	+41 44 956 11 00
E-Mail	markus.burger@electrosuisse.ch
Datum	18.03.2015

Vernehmlassung zur Strategie Stromnetze

Sehr geehrte Damen und Herren

In oben erwähnter Sache danken wir Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Innert der freundlicherweise erstreckten Frist äussern wir uns wie folgt:

Electrosuisse unterstützt die Stossrichtung der vorliegenden Strategie Stromnetze. Wir erachten die vorgeschlagenen Leitlinien als zweckmässig, um die Planungs- und Investitionssicherheit zu erhöhen und die Verfahren zu beschleunigen. Der künftig zu erarbeitende und zu verabschiedende gesamtwirtschaftliche Szenariorahmen unterstützt eine längerfristige Planung. Allerdings sind wir der Ansicht, dass er die Basis für eine übergeordnete Netzplanung bildet und sich deshalb auf die übergeordneten Netzebenen 1 bis 3 zu beschränken hat.

Auch die Erstellung von Mehrjahresplänen ist grundsätzlich zu begrüssen. Wie beim Szenariorahmen ist die Pflicht zur Ausarbeitung von Mehrjahresplänen gesetzlich auf die Netze von überregionaler Bedeutung (Netzebenen 1 bis 3) zu beschränken. Für die tieferen Netzebenen wäre der Aufwand unverhältnismässig.

Die Erstellung von Werk- und Übersichtsplänen ist in Art. 62 der Leitungsverordnung (LeV) und Art. 14 der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen (VPeA) bereits vorgeschrieben. Ein Zwang zur digitalen Erfassung besteht hingegen nicht. Die in der Strategie Stromnetze beabsichtigte Einführung von digitalen Netzplänen vermag, mindestens was die unteren Netzebenen anbetrifft, nicht zu überzeugen. Ihr Verwendungszweck, die Anforderungen und die Kriterien sind unklar, so dass die Kosten für notwendige Anpassungen der bestehenden Systeme nicht absehbar sind. Ausserdem muss der Schutz kritischer Infrastrukturen gewährleistet sein, was der Veröffentlichung von GIS-Daten grundsätzlich entgegensteht.

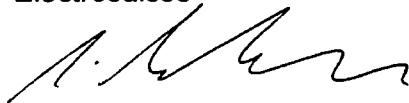
Electrosuisse begrüsst, dass Kriterien zur Entscheidungsfindung „Kabel oder Freileitung“ verbindlich festgelegt werden. Ein definierter Mehrkostenfaktor trägt zu einer Beschleunigung der Verfahren bei. Abzulehnen ist jedoch die Absicht, dem Bundesrat die Kompetenz zur Überschreitung dieses Faktors einzuräumen. Mit dieser Ausnahmeregelung wird eine neue Möglichkeit für Einsprachen gegen Freileitungsprojekte geschaffen, was der beabsichtigten Straffung der Verfahren eindeutig zuwiderläuft.

Die Verfahren sind darüber hinaus mit weiteren Massnahmen zu beschleunigen. Dabei steht für Electrosuisse eine Beschränkung des Zugangs ans Bundesgericht auf Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung im Vordergrund. Diese Massnahme würde wesentlich zur Beschleunigung der Verfahren beitragen und hätte lediglich einen geringfügigen Abbau des Rechtsschutzes zur Folge. Als nicht zielführend erachten wir es hingegen, wenn für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes anstelle des Eidgenössischen Starkstrominspektorats ESTI eine direkte Zuständigkeit des Bundesamts für Energie BFE vorgesehen wird. Die sicherheitstechnische Prüfung der Unterlagen hat in jedem Fall durch das ESTI zu erfolgen. Ausserdem kann das ESTI bereits heute viele kleinere Änderungen von Anlagen der Netzebene 1 selber bewilligen, weil es weder unerledigte Einsprachen noch Differenzen mit beteiligten Bundesbehörden gibt. Diese Fälle dem BFE zu übertragen, ergibt keinen Sinn. Negativ beurteilt Electrosuisse im Weiteren die Möglichkeit, dass das BFE verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen kann. Diese Lösung birgt wegen möglicher Interessenkonflikte erhebliche Risiken für die erfolgreiche Durchführung der Verfahren.

Im Übrigen verweisen wir auf unsere Ausführungen im beiliegenden Fragenkatalog.

Freundliche Grüsse

Electrosuisse



Dr. Gabriele Gabrielli
Präsident



Markus Burger
Direktor

Beilage:
Erwähnt

Strategie Stromnetze

Vernehmlassungsvorlage

Fragenkatalog

Antwortende Organisation: Electrosuisse, Luppmenstrasse 1, 8320 Fehraltorf

Inhalt

Szenariorahmen.....	2
Bedarfsermittlung.....	2
Nationales Interesse	5
Räumliche Koordination	6
Bewilligung Projekte	7
Überprüfung Kosteneffizienz.....	8
Öffentlichkeitsarbeit.....	12
Geodaten	12

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen:

- Nur eine Antwort pro Frage ankreuzen
- Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Szenariorahmen

1. Sind Sie damit einverstanden, dass der energiewirtschaftliche Szenariorahmen zukünftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung durch die Netzbetreiber gesetzlich verankert werden soll?

Art. 9a Abs. 1 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Electrosuisse ist im Grundsatz einverstanden, dass ein vom BFE erstellter Szenariorahmen künftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung gilt. Damit wird eine einheitliche Planungsgrundlage geschaffen. Allerdings soll der Szenariorahmen nur die übergeordnete Netzplanung betreffen und nicht über alle Netzebenen verlaufen.

2. Sind Sie damit einverstanden, dass eine fixe Periodizität für die Überprüfung und die Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens gesetzlich verankert wird?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Da allenfalls auch Entwicklungen im internationalen Umfeld beachtet werden müssen und mithin flexibles Handeln angesagt ist, erachtet es Electrosuisse als sinnvoll, die Periodizität auf Verordnungsstufe festzulegen.

3. Sind Sie damit einverstanden, dass 5 Jahre die richtige Periodizität für die Überprüfung und Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens ist?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Bedarfsermittlung

4. Sind Sie damit einverstanden, dass das N-O-V-A-Prinzip (Netz-Optimierung vor -Verstärkung vor -Ausbau) als Teil der technischen Netzplanungsgrundsätze gesetzlich verankert wird?

Art. 9d Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Electrosuisse begrüsst die gesetzliche Verankerung des NOVA-Prinzips. Es gilt jedoch zu beachten, dass gewisse Massnahmen, die im Erläuternden Bericht zu Art. 9d Abs. 2 StromVG aufgeführt sind, wie bspw. der temperaturabhängige Betrieb der Leitungen, nicht so einfach umzusetzen sind. Sobald im Zuge dieser Massnahme der thermische Grenzstrom überschritten werden soll, muss die Leitung aufgrund der NISV eine neue Genehmigung für den höheren Strom erhalten, was in der Regel unrealistisch oder mit einem längeren Verfahren verbunden ist.

5. Sind Sie mit der Definition des Einspeisepunktes für neue Produktionsanlagen einverstanden?

Art. 9c StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Planungen müssen sich aber auf Daten abstützen, die ohne grossen Aufwand beschafft werden können und die öffentlich zugänglich sind.

6. Sind sie damit einverstanden, dass die Netzbetreiber der Netzebenen 3-7 bei der Bedarfsermittlung für einen angemessenen Einbezug der betroffenen Kantone, Gemeinden sowie weiterer Betroffene zu sorgen haben?

Art. 9e Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

7. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Einschränkend ist allerdings festzuhalten, dass Mehrjahrespläne nur für die Netzebenen 1 und 3 sowie für überregionale Versorgungsleitungen der Netzebene 5 sinnvoll sind.

8. Falls 7: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist von 9 Monaten gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

9. Sind Sie damit einverstanden, dass die ElCom zukünftig die Mehrjahrespläne der Netzbetreiber prüfen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben muss?

Bemerkung: Gemäss Art. 6 Abs. 1 lit. a StromVV sind die Verteilnetzbetreiber für Netze mit einer Spannung von 36 kV (Netzebenen 5 und 7) und weniger von der Erstellung von Mehrjahresplänen befreit, dementsprechend sind nur die Übertragungsnetzbetreiber und die Verteilnetzbetreiber betreffend die Netzebene 3 zur Erstellung von Mehrjahresplänen verpflichtet.

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

10. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird (nach Einreichung)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

11. Falls 10: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist von 9 Monaten nach Einreichung gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Nationales Interesse

12. Erachten Sie es als zielführend, dass die Anlagen des Übertragungsnetzes von Gesetzes wegen von nationalem Interesse sind und der Bundesrat weiteren Anlagen der Verteilnetze von hoher Spannung (Netzebene 3) eine Bedeutung von nationalem Interesse zuerkennen kann?

Art. 15d Abs. 2 und 3 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.3 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Räumliche Koordination

13. Sind Sie damit einverstanden, dass für die Erstellung von Leitungen der Netzebene 1 auch in Zukunft grundsätzlich ein Sachplanverfahren durchgeführt werden muss?

Art. 15e EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.4 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

14. Erachten Sie es als notwendig, dass das bisher auf Verordnungsebene geregelte 2-stufige Sachplanverfahren (1. Schritt: Festsetzung Planungsgebiet, 2. Schritt: Festsetzung Planungskorridor und Bestimmung Übertragungstechnologie) neu auf Stufe Gesetz festgehalten wird? (bisher: Art. 1a – 1d der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen; SR 734.25; VP eA)

Art. 15e – 15 j EleG

Erläuternder Bericht 1.2.2.4 sowie 2.1

☐ notwendig ☒ nicht notwendig ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Das zweistufige Sachplanverfahren wurde bereits auf der Grundlage der bestehenden Gesetzgebung mit einer Anpassung der VP eA auf den 01.12.2013 eingeführt. Es ist noch zu früh, um beurteilen zu können, ob sich dieser Verfahrensablauf in allen Teilen bewährt. Wird er bereits jetzt auf Gesetzesstufe verankert, wäre für allfällige spätere Korrekturen wieder der im Vergleich zur Verordnungsänderung kompliziertere Weg der Gesetzesänderung zu beschreiten.

Bewilligung Projekte

15. Erachten Sie es als zielführend, wenn für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes eine direkte Zuständigkeit des BFE vorgesehen wird?

Bemerkung: Im Rahmen der Strategie Stromnetze ist bislang noch keine Anpassung des betreffenden Artikels (Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG) vorgesehen, sodass das BFE auch für Leitungen des Übertragungsnetzes (Netzebene 1) nur zuständig wird, sofern das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI Einsprachen nicht erledigen oder Differenzen mit den beteiligten Bundesbehörden nicht ausräumen konnte.

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Gerade bei grossen Projekten ist der Aufwand für die Vollständigkeitsprüfung der Gesuchsunterlagen nach Art. 16b zweiter Satz EleG relativ gross. Nicht selten sind die technischen Unterlagen unvollständig, oder nach einer ersten Publikation und öffentlichen Planaufgabe werden die Projekte aufgrund von Einsprachen modifiziert, sodass eine erneute technische Beurteilung erforderlich ist. Würde das BFE die Verfahren von Anfang an führen, wäre in vielen Fällen eine Rücksprache mit der technischen Fachbehörde ESTI erforderlich, was zusätzliche Verzögerungen zur Folge hätte. Die Zeitersparnis, die mit der zur Diskussion gestellten Änderung der Zuständigkeit erreicht werden soll, wäre so wieder dahin. Im Weiteren ist darauf hinzuweisen, dass das ESTI heute viele kleinere Änderungen von Anlagen der Netzebene 1 selber bewilligen kann, weil es weder unerledigte Einsprachen noch Differenzen mit beteiligten Bundesbehörden gibt. Nicht zu vergessen sind ferner die zahlreichen Ausnahmeregelungen, die das ESTI heute in Anwendung von Art. 38 LeV (Abstand von Hochspannungsfreileitungen zu Gebäuden) für Leitungen der Netzebene 1 erteilt.

16. Halten Sie es für notwendig, dass Leitungstrassen zur Sicherstellung von Aus- oder Umbauten einer bestehenden Leitung langfristig mit Baulinien gesichert werden können?

Art. 18b EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

17. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dass das BFE verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen kann?

Art. 17a EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Es ist widersprüchlich, für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes eine direkte Zuständigkeit des BFE vorzusehen und gleichzeitig die verfahrensleitenden Anordnungen, soweit diese nicht selbständig anfechtbar sind, verwaltungsexternen Personen zu übertragen. Im Weiteren ist es zeitraubend, wenn sich ein weiterer Akteur in das Dossier einarbeiten muss. Zudem birgt die Übertragung an verwaltungsexterne Personen wegen möglicher Interessenkonflikte erhebliche Risiken für die erfolgreiche Durchführung der Verfahren. Zielführender wäre eine intensivere Zusammenarbeit von ESTI und BFE, indem das ESTI beispielsweise – wie früher üblich – detaillierte Überweisungsberichte mit rechtlichen Erwägungen zu den strittigen Punkten und allen Auflagen formuliert, die das BFE anschliessend im Detail überprüfen würde.

18. Ist es aus Ihrer Sicht zielführend, dass die Genehmigungsbehörde auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiberin Massnahmen auf unteren Netzebenen (wie Bündelung, Verkabelung) anordnen kann?

Art. 15b Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

19. Sind Sie der Meinung, dass ein Mehrkostenfaktor (Mehrkosten der Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante anstatt als Freileitung) eine geeignete und effiziente Massnahme für einen zeitgerechten Aus- und Umbau der Verteilnetze (NE 3-7) darstellt ?

Art. 15c EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Electrosuisse erachtet den Mehrkostenfaktor als eine geeignete und effiziente Massnahme für einen zeitgerechten Aus- und Umbau der Verteilnetze. Aber nicht jede geringfügige Erneuerung oder Änderung einer Leitung soll dazu führen, dass eine Kabelstudie erstellt und der Mehrkostenfaktor bestimmt werden muss, sondern nur wesentliche Erneuerungen oder Änderungen. Damit wird dem NOVA-Prinzip entsprochen. Auch soll für die Berechnung des Mehrkostenfaktors nur der jeweils zur Diskussion stehende Leitungsabschnitt herangezogen werden müssen und nicht etwa die gesamte zu erneuernde bzw. neu zu erstellende Leitung. Im Weiteren darf der Mehrkostenfaktor, den die Verteilnetzbetreiber errechnen müssen und der Grundlage eines Projekts bilden soll, das im Plangenehmigungsverfahren geprüft wird, aus Gründen der Planungssicherheit nicht mit Ausnahmebestimmungen relativiert werden. Andernfalls besteht die Gefahr, dass Einsprecher gestützt auf die Ausnahmebestimmungen zusätzliche Verkabelungen verlangen oder dass die ElCom im Rahmen einer Ex-post-Prüfung eines Vorhabens die Zusatzkosten einer Verkabelung nicht anerkennt.

20. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Mehrkostenfaktor eine gesetzliche Obergrenze festgelegt wird und die Festlegung des Mehrkostenfaktors unter Berücksichtigung definierter Kriterien (Verkabelungsgrad, Netznutzungsentgelt, Technologieentwicklung, Kosten Erdverkabelung) an den Bundesrat delegiert wird?

Art. 15c Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

21. Sind Sie mit der in Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG formulierten Ausnahmeregelung bei der Festlegung des Mehrkostenfaktors einverstanden?

Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Siehe die Ausführungen zu Frage 19.

22. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Massnahmen zur Optimierung/Beschleunigung der Bewilligungsverfahren ergriffen werden?

(Wenn Ja, bitte konkrete Vorschläge angeben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Konkrete Vorschläge / Bemerkungen:

Beschränkung des Zugangs an das Bundesgericht auf Rechtsfragen von grundsätzlicher

Bedeutung: Im Unterschied zum heute geltenden Recht würde der Rechtsmittelweg an das Bundesgericht nicht mehr grundsätzlich offenstehen, sondern nur noch, wenn neue, bisher nicht entschiedene rechtliche Fragestellungen auftreten oder das Bundesverwaltungsgericht von einer etablierten Bundesgerichtspraxis abweicht. Diese Lösung bietet den Vorteil, dass das Bundesverwaltungsgericht einen Grossteil der Beschwerdefälle abschliessend beurteilt und in diesen Fällen die Verfahrensdauer um mehrere Jahre verkürzt werden kann. Die Umsetzung dieser Massnahme hätte lediglich einen geringfügigen Abbau des Rechtsschutzes zur Folge.

Kompetenzen des ESTI betreffend Nichteintreten: Nach geltendem Recht darf das ESTI nicht in strittigen Fällen entscheiden. Der Erlass einer Nichteintretensverfügung, wenn die formellen Voraussetzungen für die materielle Behandlung einer Einsprache nicht gegeben sind (Fristeinhaltung und Legitimation), stellt einen solchen strittigen Fall dar. In solchen Fällen müssen die Einsprachen zum Entscheid an das BFE weitergeleitet werden, selbst wenn offensichtliche formelle Mängel bestehen. Dies führt zu unnötigen zeitlichen Verzögerungen. Die Lösung besteht darin, dem ESTI die Kompetenz zum Erlass von Nichteintretensverfügungen auf Einsprachen einzuräumen. Die Verfügungen des ESTI sind direkt beim Bundesverwaltungsgericht mit Beschwerde anfechtbar (vgl. Art. 23 EleG). Für die Umsetzung dieser Massnahme wäre eine Änderung von Art. 16 Abs. 2 EleG erforderlich.

Überprüfung Kosteneffizienz

23. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kosten der Netzbetreiber für Informationsmassnahmen anrechenbar sind?

Art. 15 Abs. 2 Bst. d StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Dadurch wird Rechtssicherheit bei bisher umstrittenen Kosten geschaffen.

24. Inwiefern erachten Sie die Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen für intelligente Netze (bspw. Smart Grids) vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 des Bundesrates als zielführend?

Art. 15 Abs. 3 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Öffentlichkeitsarbeit

25. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Verankerung der Kompetenz des Bundes und der Kantone zur Information der Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung und über die Mitwirkungsmöglichkeiten?

Art. 9f StromVG

Erläuternder Bericht 2.2 (Netzentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit)

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die gesetzliche Verankerung einer Informationspflicht der Kantone erachtet Electosuisse als nicht sinnvoll. Die Kantone haben schon heute die Möglichkeit, die Öffentlichkeit über die sie interessierenden Netzprojekte zu informieren. Bei grösseren Vorhaben, die mehrere Kantone betreffen, besteht zudem ein grosser Koordinationsbedarf einerseits mit dem Bund, andererseits zwischen den Kantonen, wobei deren Interessenlage durchaus unterschiedlich sein kann.

Geodaten

26. Erachten Sie es als sinnvoll, dass das BFE eine Gesamtsicht der elektrischen Anlagen erstellt und diese der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt?

Art. 26a EleG

Erläuternder Bericht 2.1 sowie 5.5

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Eine Gesamtsicht der Netzebenen 1 und 3 sowie der wichtigsten Versorgungsleitungen der Netzebene 5 kann hilfreich sein. Die Pflicht zur Dokumentation der Anlagen auf den unteren Netzebenen würde jedoch den Netzbetreibern einen erheblichen Aufwand verursachen, ohne dass ein vergleichbarer Nutzen für die Öffentlichkeit erkennbar wäre. Zu Abs. 2 von Art. 26a EleG ist zudem anzumerken, dass der Schutz kritischer Infrastrukturen gewährleistet sein muss, was der Veröffentlichung entsprechender Daten entgegensteht.